

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Dicks. - Verantwortlich: Konrad Rohlfapper, Bad Schandau

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der zweiten Ver-
breitung d. Bl. von große
Wirkung, sind Montags,
Mittwochs und Freitags bis
spätestens vormittags 9 Uhr
anzugeben. Der Preis für
die 5 Spalten, Kleinschrift
oder deren Raum 20 Wfg.
bei auswärtigen Anzeiger
25 Wfg. (tabellarische un-
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Gingefandi“ und „Nellara“
50 Wfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen ein-
sprechender Nachlaß.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Die Sächsische Elbzeitung
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— M., monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Wfg.
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Postgeld).

Einzelne Nummern 12 Wfg.
Alle kaiserlich. Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeitungsverleger nehmen freie
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Richtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Ereignisse) des Betriebes der Zeitung, der Verleger übernehmen keine Verantwortung für die Nichtlieferung der Zeitung oder auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung der Bezugspreise.

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Kaufstraße 184; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Vogler, Javalienbank und Rudolf Mosse;
in Frankfurt a. M.: W. S. Daube & Co.

Nr. 139 Bad Schandau, Dienstag, den 19. November 1918 62. Jahrgang.

Die nächste Nummer erscheint des Buhtages morgen Dienstag zur üblichen Ausgabezeit.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen
an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr
und nachmittags von 2—4 Uhr.
Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.
Fernruf Nr. 99.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Kohlenversorgung betr.

Wie uns mitgeteilt worden ist, hat eine Anzahl Einwohner ihre auf die Ab-
schnitte 1 bis 3 der Bezirkskohlengrundkarte, sowie 1 bis 4 der grünen
Zusatzkarte entfallende Menge Kohlen bei Mertig noch nicht
abgeholt.

Da über den Rest der Kohlen weiter verfügt werden soll, werden diese Einwohner
hiermit aufgefordert, die ihnen noch zustehende Menge morgen Dienstag,
den 19. d. M., abzuholen. Nach genanntem Tage werden die oben angegebenen
Abschnitte für verfallen erklärt.

Schandau, den 18. November 1918. Der Stadtrat.

Kirchnerstelle in Schandau betr.

Die Stelle eines Kirchners in Schandau, verbunden mit dem Amt des Kirch-
kassenverwalters, soll am 1. Januar 1919 neu besetzt werden.

Anfangsgehalt 2000 M., alle 4 Jahre um 250 M. steigend bis zum Höchstgehalt
von 3000 M. einschließlich Wohnungsgeld. Feuerungszulagen nach den Sätzen für
Staatsbeamte.

Bewerber, welche kirchlichgesinnt, im Schreiben und Rechnungswesen bewandert,
wollen bis spätestens 10. Dezember 1918 schriftlich dem Pfarramte Schandau ihre Gesuche
einreichen.

Der Kirchenvorstand zu Schandau.

Allgem. Wählerversammlungen für Rathmannsdorf.

Am 19. November 1918, nachmittags 5 Uhr, findet im Schubert'schen
Gasthofs hiersebst eine

Wahlversammlung der Erzeuger und am gleichen Tage, abends 8 Uhr, im Gasthofs zum tiefen Grunde eine solche für Verbraucher

statt. Zweck der Versammlung ist, Wahl von je 3 Mitgliedern in den neu zu
bildenden Ortsausschuß zur Sicherung der Volksernährung.

Rathmannsdorf, am 18. November 1918. Der Gemeindevorstand.

Fortsetzung des amtlichen Teils in der Beilage.

Aus Stadt und Land.

Im hier garnisonierten Elbgrenzschutz
Schandau ist nunmehr durch Wahl endgültig der
Soldatenrat gebildet worden. In Frage kommen
die Herren Thiele, Köhler und Bische. —
Am Sonntag nachmittags 4 Uhr fand auf dem hiesigen
Marktplatz eine öffentliche Versammlung statt;
das Mitglied des revolutionären Arbeiter- und Soldaten-
rates Pirna, Herr Kimlich aus Mägeln, hielt eine
Ansprache, durch welche er die Erschienenen mit den
Zielen der Revolution vertraut machen wollte; er war
jedoch zeitweise durch das unruhige Verhalten unwesender
Kinder und die schlechte Akustik schwer verständlich. Nach
ihm sprach ein Soldat, welcher darauf hinwies, daß er
und die meisten Kameraden vier Jahre dem Tode ins
Auge geschaut hätten; sollte es der Kapitalismus, dem
der Kampf der Revolution gelte, wünschen, so würde er
und die Kameraden nochmals die Waffen ergreifen, um
das Volk von ihm zu befreien. Die Zuhörer verhielten
sich ziemlich ruhig und verstreuten sich ohne Kundgebung.
Die Mitglieder des revolutionären Arbeiter- und Soldaten-
rates verließen im Auto unsere Stadt.

Heizung des Schülerzugs Schandau-Pirna.
Wie uns vom Stadtrat mitgeteilt wird, hat er sich auch
diesmal mit der Generaldirektion der Sächsischen Staats-
eisenbahnen in Dresden wegen der Heizung des vorm.
7 24 Uhr von Schandau nach Pirna fahrenden Personen-
zugs in Verbindung gesetzt, und es ist daraufhin dem
Stadtrate von der Generaldirektion mitgeteilt worden,
daß dieser Zug wie im vorigen Winter geheizt werden
würde.

Die Ziehung der 2. Heimatbau-Lotterie mußte
aus verwaltungstechnischen Gründen um 3 Wochen ver-
schoben werden. Sie findet unwillkürlich vom 9. bis
14. Dezember statt. Die Gewinne werden noch vor
Weihnachten ausgezahlt. Lose sind zum Preise von
Mark 3.— noch in den meisten Losverkaufsstellen und
beim Javalienbank in Dresden zu haben.

Der Verein. revol. Arbeiter- und Sol-
datenrat beim Stello. Generalkommando XII gibt folgen-
des bekannt: Alle bereits erlassenen Kriegsbeordnungen
sind rückgängig gemacht. Es wird gleichzeitig auf
Punkt 3 des Generalkommando-Tagesbefehls v. 13. 11. 18.
hingewiesen, wonach alle noch nicht eingezogenen Wehr-
pflichtigen als bis 31. 3. 19. weiter zurückgestellt gelten.
Gesuche um Zurückstellung sind daher nicht mehr an

das Generalkommando weiterzugeben. Im Korpsbereich
Eintreffende, die sich bei Bahnhofskommandanturen,
Garnisonkommandos usw. melden, werden den innerhalb
des Korpsbereichs für sie zuständigen Erfahrungsstellen
zugewiesen. Solche, für die Erfahrungsstellen hier nicht
vorhanden sind, sind bis auf weiteren Befehl auf ihren
Wunsch 3 Wochen seitens der Stellen, bei denen sie
sich melden, nach den von ihnen gewünschten Orten mit
der Weisung zu beurlauben, sich nach Ablauf des Urlaubs
bei ihren zuständigen Erfahrungsstellen zu melden. Es
wird nochmals darauf verwiesen, daß alle Gesuche (Ur-
laubsgesuche, Reklamationen usw.) in jedem Falle an
die nächste zuständige Dienststelle einzureichen sind, nicht
direkt an das Stello. Generalkommando. Die Erledigung
der Gesuche soll möglichst beschleunigt erfolgen.

Das Ministerium des Innern hat an den ver-
einigten Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden folgendes
Schreiben gerichtet: Nach Meldungen aus dem Lande
sind von verschiedenen örtlichen Arbeiter- und Soldaten-
räten Beamte der inneren Verwaltung abgesetzt oder
verhaftet worden. Das Ministerium des Innern hält
es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Zentral-
stelle den ordnungsmäßigen Gang der Staatsmaschine
nicht aufrechterhalten können wird, wenn ohne ihre
Kenntnis von örtlichen Stellen in die Beamtenorganisation
des Landes eingegriffen wird. Insbesondere die Ver-
sorgung mit Nahrungsmitteln wird durch die Wegnahme
von Amtshauptleuten in den Landbezirken ernstlich ge-
fährdet.

(M. J.) Verlängerung der Frist für Lieferung
von Wintergetreide zu Saatwecken. Im Hinblick auf
die Verspätung der Herbstbestellung infolge Arbeitermangel
und Grippekrankungen hat das Kriegsernährungsamt
die für die Lieferung von Wintergetreide zu Saatwecken
ursprünglich vorgesehene Frist, die am 15. November
abließ, bis zum 15. Dezember 1918 verlängert.

Gegen den Schleichhandel wendet sich der sächsische
Landeskulturrat und die großen landwirtschaftlichen
Vereinigungen erneut in einem Aufruf an alle sächsischen
Landwirte und bezeichnet es als ein Verbrechen am Volk,
wenn markenpflichtige Nahrungsmittel an Hamsterer oder
Schleichhändler ohne Marken abgegeben würden. Wörtlich
heißt es in dem Aufruf: Wir brauchen sämtliche Nahrungs-
mittel in den folgenden Monaten auf das dringendste.
Es kann nichts entbehrt werden. Niemand darf mehr
erhalten als der andere, weil sonst ein Teil der Be-
völkerung hungern und zugrunde gehen muß. Eingedenk

wollen wir sein in der Stunde der höchsten Not des
Vaterlandes: „Wir wollen sein ein einzig Volk von
Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“
Hande jeder Landwirt und jede Landwirtin darnach!

(WSL) Dresden. Das Stello. Generalkommando
hat im Einverständnis mit dem B. R. A. und S.-Rat
folgende Bekanntmachung erlassen: Alle Truppenteile
sind angewiesen, diejenigen Mannschaften, die bis zum
18. 11. bei ihren Formationen nicht eingetroffen sind,
namentlich dem Soldatenrat — Ständehaus — zu melden.
Diese Mannschaften haben die strengste Bestrafung durch
den A. und S.-Rat zu gewärtigen.

(WSL) Dresden. Ueber die Regelung der sächsischen
Rüstungsindustrie wird vom A. und S.-Rat bestimmt:
Alle Personen der Abnahmekommandos und Abnahme-
stellen von Heeresgerät und Munition in der Privatindustrie
innerhalb Sachsens unterstehen den Behörden, die die
Aufträge erteilt haben, desgleichen die Kündigung der
Aufträge und Ueberwachung der noch erforderlichen
Arbeiten.

Dedtau. Von einem verheerenden Brande wurde
die hiesige Chemische Bleicherei heimgesucht. Das Lager,
in dem sich Tausende von Zentnern Wolle und viele
hundert Faß Del befanden, ist niedergebrannt.

Der wahre Sachverhalt.

(Eigene Drahtung des Dresdner Anzeigers.)

Der Vorwärts hat sich bekanntlich zum Sprachrohr
der Gerüchte gemacht, daß die Schlachtflotte zu einer
Verteidigungsfahrt ansfahren sollte. Da die Mannschaften
sich um eines leeren Ehrbegriffs willen nicht dem sicheren
Untergang weihen wollten, hätten sie sich dagegen erhoben
und so sei die Revolution zustande gekommen. Diese
Darstellung ist in allen Punkten unzutreffend. Die
Räumung der hiesigen Küste hatte dem Feind eine
breitere Basis gegeben, durch die besonders unser rechter
Flügel mehr bedrängt war. In seiner Entlastung war
ein Vorstoß unserer leichten Seestreitkräfte, insbesondere
der Torpedo- und Unterseeboote geplant, die die Zufahrts-
wege von der Themse her stören und feindliche Transport-
schiffe angreifen sollten. Der Hochseeflotte fiel dabei nur
die Aufgabe zu, eine Vereitstellung einzunehmen, da mit
dem Auslaufen der englischen Flotte zu rechnen war, die
erfahrungsgemäß von allen deutschen Operationen etwa
sieben Stunden später Kenntnis hatte. Es handelt sich
also nur um eine Maßnahme, die sich ungezählte Male
während des Krieges ereignet hatte. In die Blätter
selbst waren außer dem Chef der Hochseeflotte nur noch
zwei Admirale, dagegen keine Offiziere und nicht einmal
die Kommandanten, eingeweiht worden.

Heimweh?

Professor Dr. Hugo Brecht in Berlin, der bekannte fortschrittliche Sozialreformer, ist zum Staatssekretär des Innern ernannt worden. Wenige Tage vor seiner Ernennung ließ er einen Artikel erscheinen, der gegen die neue Regierung gerichtet war, weil sie nur eine einzige Klasse in ihrer Mitte habe. Er nannte darum unsere gegenwärtige Staatsverfassung den „Obrikeitstaat von unten!“ Hierzu schreibt uns ein liberaler Politiker:

„Ist es wirklich schon so weit, nach acht Tagen Regierender Revolution? So weit, wie ein unermüdlicher Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie es offen bekannte, daß aus immer zahlreicheren Stimmen bereits so etwas wie Heimweh nach den Fleischtöpfen der alten Regierung, des eben erst überwindenen Obrikeitstaates herausklinge?“

Wer hätte freilich auch daran gedacht, daß wir fünf Wochen nach dem Amtsantritt des Prinzen Max von Baden eine Regierung haben würden, in der keine einzige bürgerliche Partei vertreten ist? Eine Regierung ohne Bundesrat und Reichstag neben sich, ein Sechsmännerkollegium, das für sich mit dem Rechte der Revolution alle Gewalten in Anspruch nimmt und dem Volke, von dem noch in den Kundgebungen ihrer unmittelbaren Vorläuferin so viel die Rede war, nur ein paar mehr oder weniger verbindliche Redewendungen anweist, mit denen sich ebenso wohl alles wie auch gar nichts anfangen läßt? Wohin man hört im deutschen Bürgertum: nur eine Stimme über die Selbstherrlichkeit der neuen Männer. Auf der einen Seite müssen sie selbst eingestehen, daß sie ohne Mitwirkung der pflichttreuen Beamtenschaft in Stadt und Land, ohne die tatkräftigste, opferbereite Unterstützung aller Parteien und Richtungen des deutschen Volkes verloren wären. Auf der anderen Seite wollen sie allen Nicht-Sozialisten die politischen Rechte entziehen, wollen sie von der Macht im Staate ausschließen und ihnen Neuerungen rein sozialistischen Charakters auferlegen. Wie hat man noch ganz vor kurzem den Zusammenschluß der Mehrheitsparteien des Reichstags als den Anbruch einer neuen Zeit in Deutschland gefeiert, die politische Willensbildung des Volkes damit für immer gesichert angesehen — und heute ist das alles überholt, veraltet. Heute herrscht eine Partei in Deutschland, herrscht unumstößlich und ganz ausnahmslos: und das Volk? Es soll gehorchen. An die Stelle der zahllosen Verordnungen des Bundesrats bringt jetzt jeder Tag eine nicht minder reiche Fülle von Aufträgen, Befehlen, Bitten und Bekanntmachungen, bei denen kein sachverständiger Beirat mehr, höchstens ein politischer Lehrer gehört wird. Und so gut auch die Absichten sind, die vielfach dabei obwalten — an guten Absichten hat es auch früher nicht gefehlt. Was jetzt hinzugekommen ist, schmeckt mehr nach Klassenherrschaft als nach wirklichem Volkswillen, und die Zeiten sind doch eigentlich, sollte man meinen, nicht danach angetan, um Experimente aller Art zu veranstalten. Bei allen Unterverteilungen und Stellenbefragungen liest man immer wieder nur sozialistische und unabhängige Namen, als hörten jenseits dieser beiden Parteien Sachkunde und Vaterlandsliebe völlig auf. Kann dieses Verfahren damit gerechtfertigt werden, daß das Bürgertum auch an seinem Teile den Zusammenbruch der alten Gesellschaft mit verschuldet habe und daß es aus eigener Kraft niemals den gründlichen Wechsel der Dinge hätte herbeiführen können? Das wäre doch eine sehr tursichtige Beweisführung; denn nur darauf kann es ankommen, ob die neue Regierung ihrerseits aus eigener Kraft den Staat wieder aufzurichten und in Gang zu halten vermag. Und davon kann doch wohl im Ernst gar keine Rede sein.

So hörte man reden im Bürgertum und Beamtentum. Nicht, als ob dabei auch nur eine Spur von Brotneid etwa mitspräche, beiseite nicht. Wohl niemand reht sich heute nach Mitterantwortung, wo die Staatsgeschäfte so furchtbar verfahren sind. Aber jedermann fragt sich doch, ob die neuen Herren die Fähigkeit besitzen, alles selbst zu machen, unter völliger Ausschließung derjenigen Kreise des Volkes, die bisher in Regierung und Verwaltung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. An eine Bejahung dieser Frage kann einstweilen um so weniger gedacht werden, als der „Hut der Volksbeauftragten“ sich einmal schon jetzt mit Aufgaben belastet, die er auf ruhigere Zeiten verschieben könnte, und als er andererseits offensichtlich mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die seine Handlungsfreiheit in sehr erheblichem Maße behindern. Das alles aber bedingt Gefahren, die unser Volk nur zu deutlich vorausempfindet. Sie weisen zum bolschewistischen Terror, zu rechtsloser Gewalt, zur völligen Zerrüttung unseres wirtschaftlichen Lebens. Den demokratischen Volkstaat hatten wir vor Augen, als die überlebten Fesseln des Obrikeitstaates abgeworfen wurden. Sollen wir statt dessen mit der Zwangsherrschaft nach russischem Muster beglückt werden, so mögen bolschewistische Schwärmergeister daran ihre Freude haben. Das deutsche Volk dagegen wird sich für solche Wohltat bedanken.

Die Ausschaltung des Bürgertums muß abwärts führen. Deshalb darf sie unter keinen Umständen zum Grundgesetz erhoben werden. Sobald es irgend möglich ist, muß vielmehr zur Ausschreibung von Wahlen für die allgemeine Nationalversammlung geschritten werden, damit auch dem deutschen Volke sein Selbstbestimmungsrecht guttun werde, das den Polen und Ukrainern, den Letten und Litauern erstritten wurde. Erst wenn das geschehen ist, werden wir mit Recht sagen können, daß Deutschland sich endlich selbst regiert. Erst dann wird die innere Notwendigkeit der November-Revolution überzeugend bewiesen sein.

Das Schicksal der Kaiserfamilie.

Korfu oder Holland!

Als Tatsache steht bis jetzt nur fest, daß sich Wilhelm II. und der Kronprinz mit kleinem Gefolge in Holland befinden und zwar der erstere bei dem Grafen Bentinck und letzterer auf einer Insel des Zuidersees, da er in Dilligenraad sich nicht sicher genug fühlte. Die Kaiserin und die Kronprinzessin mit ihren Kindern sind noch in Potsdam, jedoch nach einer Erklärung des NSR. in Potsdam völlig frei in ihren Entschlüssen. Für eine etwaige Abreise ist beiden je ein Sonderzug bereitgestellt worden. Die Kaiserin wird sich voraussichtlich ebenfalls nach Holland begeben, ob zu dauerndem Aufenthalt, ist noch nicht gewiß, da nach einer Barriere Meldung der Kaiser um die Genehmigung zur Übersiedlung nach Korfu nachgesucht haben soll.

Die Kronprinzessin wird sich mit ihren Kindern wahrscheinlich nach Kopenhagen begeben, wo sie bei ihrer Schwester, der Königin von Dänemark, die gleich ihr eine

geborene Herzogin von Mecklenburg ist, Aufnahme finden wird. Wie verlautet, soll sich auch ihre Mutter, die Großherzogin-Witwe Anastasia, in Dänemark aufhalten. Über den zukünftigen Wohnsitz der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses ist noch nicht Endgültiges festgelegt. Prinz Eitel Friedrich ist von der Front nach Potsdam gekommen und hat mit den Leitern des dortigen NSR. die Angelegenheiten besprochen.

Der Marfiall und der kaiserliche Hofstaat sind von der neuen Regierung übernommen worden. Die Beamten und Angestellten sind vom NSR. verpflichtet worden und werden die Inventarisierung der Bestände vornehmen. Der Hofstaat wird wie der Marfiall wohl dem Staatsoberhaupt der von der Nationalversammlung gewählten Staatsform zur Verfügung gestellt werden.

An das Volk!

Aufruf redender und bildender Künstler.

Ein von Gerhart Hauptmann verfaßter, von sechzig bekannten redenden und bildenden Künstlern Deutschlands unterschriebener Aufruf geht uns zur Veröffentlichung zu:

Es ist an der Menschheit in einem unvorhergesehenen Maße gesündigt worden. Die zivilisierte Welt wurde zum Kriegslager und zum Schlachtfeld. Millionen der besten Söhne aller Völker ruhen in Gräbern. Die Gefallenen, brüderlich vereint, sind friedlich und still. Auch bei uns hat der Bassenkampf aufgehört, nicht aber der Kampf um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Dieses Volkes, das einer künftigen gerechten Zeit in einer Glorie erscheinen wird. Wir Gestalter mit Meißel, Palette und Feder, wir Baumeister und Musiker, Männer und Frauen, die wir vor allem Menschen und von ganzer Seele Deutsche sind, weisen nicht daran: unser Volk, unser Land wird bleiben und wird nicht untergehen. Aber wir sehen Volk und Land gerade jetzt auf die schwerste Probe gestellt. Es kommt darauf an, sie zu bestehen. Wir haben es schaudernd erlebt, daß der Daß nicht fruchtbar ist. Die Liebe aber ist fruchtbar und schaffend, und sie strömt nur aus einem wachen Herzen. Laßt uns also nicht nur unser Brot mit den Brüdern teilen, die aus dem Felde heimkehren, wir wollen ihnen auch unsere wachen Sorgen entgegenbringen. Es ist endlich-Zeit, daß eine große Welle der Liebe die verheerende Woge des Hasses abläßt. Mit einer klaren und furchtbaren Laßt uns, man möchte sagen, menschliches Blauen durch göttliches ersetzt. Aber obgleich es so ist und obgleich vor der Gewalt diese so bewirte Umwandlung jedes Volkes zu zerbrechlich erscheint, erkennt doch der Sehende schon in dem, was sich gleichsam von selbst, an neuer Form durchgerungen hat, das alte kraftvoll-besonnene Wesen des Deutschen unverfehrt. Und wer lebt, wird in nicht allzu langer Zeit — dessen sind wir gewiß — den deutschen Boden reicher als je in Blüte sehen. Seit einem Jahrtausend hat die deutsche Nation nichts erlebt, was an Bedeutung dem Ereignis der letzten Tage gleichzusetzen wäre. Wer es versteht, der fühlt keine unvergleichliche Macht. Seine Bedeutung ist unendlich viel tiefer, und es kommt auch aus ganz anderen Quellen her, als vielleicht jene meinen, deren weltgeschichtliche Pflicht es ward, es äußerlich zu vertreten. Wer wollte sich dieser eisernen Bestimmung entgegensetzen? Deut hat das Volk sein Gesicht in die Hand genommen. Keiner wird jetzt zurückweichen, dessen Kräfte im Nationaldienst verwendbar sind. Auch die neue Regierung möge mit uns rechnen, wo sie unser Wirken für erforderlich hält. Keiner von uns wird zögern, im Wohlstandsbienne des Friedens das Seine von Herzen und nach Kräften zu tun.

Aufruf für eine bürgerlich-demokratische Partei.

Berlin, 16. November.

Das erwachende Bewußtsein des Bürgertums, es dürfe nicht latenten der gewaltigen Erneuerung unserer ganzen innerpolitischen Struktur zusehen, tritt in mancherlei Kundgebungen vor die Öffentlichkeit. Führende Mitglieder der Hauptverbände und Fraktionen der nationalen liberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei haben sich auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzen einen Ausschuss ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellt und die Grundlage zu einer groß-deutschen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen soll. Außerdem erscheint ein mit zahlreichen Unterschriften versehener Aufruf, der zur Gründung der großen demokratischen Partei für das einige Reich auffordert. Bei den Unterschriften finden sich auch diejenigen des bisherigen Vizepräsidenten des Reichstags Dove, des preussischen Handelsministers Fischel, der bisherigen Reichstagsabgeordneten: Gothein, Jund, Liepmann, List, v. List und v. Nischhofen.

Keine Beschlagnahme von Guthaben. — Starke Verzögerung der großen Vermögen und Einkommen.

Der unsinnigen Aufspeicherung von Banknoten und Zahlungsmitteln, die gegenwärtig floriert und die bekannten Mißstände im Geldumlauf hervorgerufen hat, wurde schon mehrmals entgegengetreten. Da aber die Abstände noch immer andauern, wendet sich die Reichsregierung nochmals entschieden gegen die verbreiteten Gerüchte, indem sie gleichzeitig darauf hinweist, welche Pläne zur Dedung der kommenden großen Ausgaben erwogen werden. Die Regierungserklärung lautet:

Am unläufigenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkastenguthaben, von Vorkäufen an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen nicht, die Zahlungen auf die 9. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für unzulässig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das schärfste zur Dedung der Ausgaben heranzuziehen. 3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegeschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Ferner trifft die Regierung die mit Gesetzeskraft wirkende Bestimmung, daß die bisherigen Vorschriften über die Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt werden, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuerumlage 80% des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.

Der Reichstag tritt nicht mehr zusammen.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat an das regierende Kabinett eine Depesche geschickt des Inhalts: „Gedenkt die Reichsleitung, gegen vielfach angeratene Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?“ Das Kabinett erwiderte:

„Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaiserthums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten. Ebert, Haase.“

Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

Für das Reich und Preußen.

Berlin, 16. November.

Wie der Vorwärts meldet, wird der Entwurf des Wahlgesetzes für die verfassungsgebende Nationalversammlung noch im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt. Mit dem preussischen Minister des Innern ist eine Verabredung dahin getroffen, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung Geltung haben soll.

Die konstituierende Nationalversammlung wird nach den Absichten der Regierung, wie verlautet, so schnell wie möglich einberufen werden. Dem Vernehmen nach sät in der Reichsleitung kein Mann, der das Verlangen hat, an die Stelle der Nationalversammlung irgendetwas anderes zu setzen. Wie man hört, hat insbesondere der Volksbeauftragte Dr. Landsberg erklärt, daß er mit der Nationalversammlung stehe und falle, und daß er der Ansicht sei, daß keine sämtlichen Kollegen auf diesem Standpunkt ständen. Es sind natürlich umfassende Vorbereitungen notwendig, da auch die Soldaten an der Wahl teilnehmen sollen.

Schulverordnungen für Preußen.

Das preussische Ministerium für Bisterrschaft, Kunst und Volksbildung hat eine Verfügung an die Provinzial-Schulkollegien und Provinzialregierungen erlassen, in der unterlagert wird, Volksverhebung, Entstellung der letzten innervolitischen Vorgänge zu betreiben oder zur Gegenrevolution anzureizen. Bücher, die den Krieg verherrlichen, sind aus den Schulbibliotheken zu entfernen, Dissidenten usw. dürfen ohne jeden Nachweis vom Religionsunterricht ferngehalten.

Bayern gegen sofortige Sozialisierung.

In einer Proklamation der Regierung des bayerischen Volkstages, welche die verschiedenen Reformpläne behandelt, heißt es u. a.:

Wir sprechen in vollkommener Offenheit aus, daß es uns unmöglich scheint, in einer Zeit, in der die produktiven Kräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gemeinschaft sofort überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Ferner scheint es uns unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerverbund der Welt Demokratie sich gebildet hat, der entscheidende Schritt der in neuer Macht aufstehenden proletarischen Internationale in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerlässliche Sozialisierung durchgeführt werden kann.

Verschiedene Meldungen.

Oldenburg, 16. Nov. 5000 Besucher des ersten oldenburgischen Bauerntages beschlossen im Einverständnis mit dem Landesdirektorium einstimmig die Ergänzung der Soldatenräte durch Bauernräte.

Berlin, 16. Nov. Der zur Miltellung im preussischen Kultusministerium berufene Sozialdemokrat Konrad Dänisch erklärte in einer Besprechung, das Kultusministerium solle zu einem wirklichen Kultusministerium umgewandelt werden, und zwar mit Unterstützung der gesamten Intelligenz des Landes, wobei die politische Schattierung nicht in Frage komme.

Seeresentlassung und Waffenstillstand.

Seimehr der Jahrgänge bis 1879.

In einem vom Kriegsministerium ausgehenden Aufruf wird betont, daß nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der deutschen Flotte zugleich entlassen werden können. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden! Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsmöglichkeiten richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen. Im Deimatkber ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet, jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, zum Beispiel Gefangenenerwahrung, müssen warten, bis sie erledigt sind. Leute aus Ost- und Westpreußen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Raumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1898 und 1899 angehören. Wer an Unteroffizieren oder Mannschaften vom Truppenteil oder von seiner Erlassformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsausweis, ferner 15 Mark Marfiallgeld, soweit es notwendig ist.

Ordnung der Offizierbefehlsgewalt.

Es sind Befürchtungen laut geworden, die Volksregierung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wiederherstellen. Die Regierung erklärt deshalb, diese Befürchtung sei unbegründet und sagt:

Die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt sind nicht bindend. Mit ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat das regellose Zurücktreten der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung einer planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. Bei der Marine ist die genaue und rasche Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen von entscheidender Bedeutung.

Deshalb ist die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Bedingt diesem Zwang sollen die getroffenen Maßnahmen dienen. Dabei ist die Voraussetzung, daß die Offiziere im Einvernehmen mit den Soldaten handeln. Daran soll nichts geändert werden. Willst der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über unser Land hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt an dem Kriegsministerium unterstellt, dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterstützen der Kontrolle des Volkstages des Arbeiter- und Soldatenrates.

Englisch-deutsche Zusammenkunft auf See.

Das Reutersche Büro erzählt, daß der deutsche Kreuzer

Römische... Straß... ameri... Gebie... die in... heute... Mill... zu der... also n... von... neutra... Brück... erhalt... Rhein... durch... stellig... Bir v... Einzel... Milde... besond... lungen... Besiech... feiner... Ver... lichen... Me... wir fe... oder... lands... E... gemi... nisse... Einflu... Bedürf... Nachri... gerum... gewillt... zu si... Völk... famer... Geiste... We... Schie... torped... wohlbe... Fr... Der... Ausbr... it, ist... Fr... unter... bei der... ein So... Beirat... gefebie... Di... Staats... des It... Streife... Arbeit... Da... Grenz... Zustand... Na... Inner... Kriegs... Heim... Da... das die... gela... Ni... Bildun... Wi... Nachri... R... den R... Bayern... R... Land... Erklär... niederg... mungen... W... hat am... entlag... entbun... im La... getrete... Aus... Be... rungs... mächte... Kr... an... nament... ist gro... und M... W... Tauf... den G... einig... lassen... Gefäng...

Rönigsberg Sonnabend nachmittag mit britischen Kriegsschiffen zusammenstieß. Er wird zu einem Punkte auf See eskortiert werden, wo die deutschen Delegierten ihre Schiffe verlassen und sich auf die britischen Kriegsschiffe begeben werden, um dem Admiral Beatty die deutschen Vorschläge für die Durchführung der auf die Seefreistricke bezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes vorzulegen.

Franzosen und Amerikaner im Elsaß.
Der offizielle Einzug der französischen Truppen in Straßburg soll Montag, 18. November stattfinden. Der französische Präsident Poincaré und der Ministerpräsident Clemenceau sind nach Elsaß-Lothringen gereist.

Sonnabend, 16. November ergriffen französische und amerikanische Truppen Besitz von den Forts von Metz. Die deutschen Truppen haben jetzt tatsächlich das französische Gebiet geräumt, mit Ausnahme einiger kleiner Truppenteile, die in der Gegend von Elvet zurückblieben.

Deutsche Zivil- und Militärdelegierte werden sich heute nach Nancy begeben, um dort mit den französischen Militärbehörden und mit dem neuen Präsesen für Neuverhandlungen über die Übernahme der verschiedenen Dienststellen in Elsaß-Lothringen abzuhalten.

Frankfurt a. M. und Darmstadt bleiben unbesetzt.
Aus den Zusatzbestimmungen der Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt a. M. nicht zu den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Mainz gehört, also nicht von den Feinden besetzt wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die sich zehn Kilometer um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

Der AEM Mannheim war wegen der Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen dem rechten und linken Rheinufer während der Besetzung des linken Rheinufers durch den Feind beim Auswärtigen Amt in Berlin vorstellig geworden. Darauf erwiderte das Auswärtige Amt: Wir verhandeln mit dem Feinde über die Festlegung der Einzelheiten des Waffenstillstandes und bringen dabei auch Milderungen der Bedingungen. Wir verlangen insbesondere, daß der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer ungestört bleibt und in wirtschaftlicher Beziehung zwischen dem rechten und linken Rheinufer keinerlei Änderung eintreten darf.

Verhinderung polnischer Gewaltstreiche im Osten.

Die polnische Presse-Agentur teilt über die angeblichen Angriffe auf Polen und Oberschlesien folgendes mit: Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerüchten von einer Bedrohung oder gar einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist. Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch böswillige Ausbreitung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern über strittige Fragen soll nicht das Werk gewalttätiger Handstreiche, sondern das Ergebnis friedlicher, im Geiste der Versöhnung getragener Verhandlungen sein.

Weitere Nachrichten.
Berlin, 16. Nov. Die Blättermeldung, daß nicht die „Schlesien“, sondern das Linienstück „Schlesien-Vollstein“ torpediert sei, ist unzutreffend. Beide Schiffe befinden sich wohlbehalten im Hafen.

Frankfurt a. M., 16. Nov. Die Frankf. Btg. schreibt: Der Großadmiral v. Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

Frankfurt a. M., 16. Nov. Um Ordnung und Disziplin unter den Kriegsgefangenen aufrecht zu erhalten, hat sich bei der Inspektion der Kriegsgefangenen des 18. Armeekorps ein Soldatenrat gebildet. Dieser Soldatenrat ist lediglich als Beirat der Behörden zu betrachten. Die bisherigen Vorgesetzten verbleiben auch weiterhin ihren Dienst.

Düsseldorf, 16. Nov. Wie der AEM. mittels, hat der Staatskommissar für die Demobilisierung das Verlassen des linksrheinischen Gebietes und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheins verboten, ausgenommen sind Arbeiter- und Berufsvereine.

Haag, 16. Nov. Die bisher über die holländische Grenze gegangenen deutschen Soldaten kamen in geordnetem Zustande. Es würden weitere 11 000 Mann erwartet.
Rotterdam, 16. Nov. Der holländische Minister des Innern teilte mit, daß beschlossen wurde, die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten in Holland sofort in ihre Heimat zurückzuschicken.

Paris, 16. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Jahrgänge 1887, 1888 und 1889 entlassen und heimgeführt werden.

Kiew, 16. Nov. Die deutschen Truppen dürfen bis zur Bildung einer ukrainischen Armee im Lande bleiben.

Zur Bewegung im Reiche gingen uns noch folgende Nachrichten zu:

Koburg. Alle Abgeordneten des Landtags treten für den Anschluß des Herzogtums Koburg an die Republik Bayern ein.

Rudolstadt. In der außerordentlichen Sitzung des Landtags vom 15. November gab der Staatsminister die Erklärung ab, daß der Fürst bereit sei, die Regierung niederzulegen, sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen seien.

Bückeburg. Der Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe hat am 15. November für sich und sein Haus dem Thron ent sagt und alle Beamten von dem ihm geleisteten Treueid entbunden. Der AEM. in Bückeburg hat die Regierung im Lande übernommen. Das Ministerium ist zurückgetreten, verbleibt aber vorläufig die Geschäfte weiter.

Aus In- und Ausland.

Bern, 16. Nov. Der Bundesrat hat ein Einwanderungsverbot erlassen für ehemalige Soldaten der Mittelmächte, die vor dem Kriege in der Schweiz gewohnt haben.

Krakau, 16. Nov. Die Gefesche in Lemberg dauern an. Man erwartet den Zugang weiterer polnischer Truppen, namentlich aus Lublin. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist groß. Auf beiden Seiten sieht man vielfach Frauen und Mädchen mit Feuerwaffen Dienst machen.

Moskau, 17. Nov. Die Bolschewiken haben, wie bekannt, Tausende von Bürgern als Geiseln verhaftet und bisher in den Gefängnissen festgehalten. Es wurde beschlossen, nach einigen Wochen diese Geiseln aus den Gefängnissen zu entlassen, sie aber sofort durch neue zu ersetzen, so daß in den Gefängnissen dieselbe Zahl verbleibt.

Warschau, 17. Nov. In Warschau ist eine große Hungersnot ausgebrochen. Die Polen haben zwar die Stadt besetzt, aber die Umgebung befindet sich in russischen Händen, wodurch die Zufuhr der Lebensmittel vollständig abgebrochen ist.

Zürich, 16. Nov. Die württembergische Regierung hat eine allgemeine Amnestie erlassen, ausgenommen sind Bucher, Kettenhandel und Steuerstrafen.

Vom Tage.

Der Vorwärts hat zur Vorgeschichte der Revolution einen Bericht aus Kiel gebracht, wonach die Admiralität, dem Drängen altdeutscher Kreise nachgebend, drauf und drauf war, in einem letzten Kampfe gegen die englische Flotte die deutsche Hochseeflotte und mit ihr etwa 80 000 Mann Besatzung zu opfern. Dies sei zur Kenntnis der Matrosen gekommen, die sich weigerten auszufahren. Sie metrosen und damit hatte die Revolution den Anfang genommen. Das Reichsmarineamt erklärt diese Behauptungen als aus der Luft gegriffen.

Bei Wiedergabe dieser Legende hat der Vorwärts offenbar seine Stellung als anerkanntes und maßgebendes Regierungsorgan außer acht gelassen, — eine Stellung, die zur Vorsicht verpflichtet.

Die Freiheit, das neue Organ der Unabhängigen, meldet: Die russische Regierung richtete an Liebknecht ein Telegramm, in dem sie ihm Mitteilung macht von dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Revolution in Rußland hervorgerufen habe, und zugleich die Absicht ankündigt, 50 000 Rubel (ein Rubel = 12 Pfund) Mehl an das revolutionäre Deutschland zu liefern.

Wird sie die Absicht auch — ausführen können, da in ihrem eigenen Lande ein Brot nahezu 20 Rubel kostet?

Auch unsere Konservativen scheinen sich allmählich mit den neuen Verhältnissen abfinden zu wollen. Zwei führende Redaktoren der Partei, die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ haben Änderungen an ihrem Kopse vorgenommen. Erstere hatte als Leitpruch um das Eisener Kreuz die Worte „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ und die „Deutsche Tageszeitung“ führte als Motto: „Für Kaiser und Reich“. Der Leitpruch der „Kreuzzeitung“ ist von der Bildfläche verschwunden und das Motto der „Deutschen Tageszeitung“ ist „Für das deutsche Volk“ geändert....

Prinz Max von Baden hält es für nötig, seiner kurzen Kanzlerschaft ein langes Nachwort zu widmen. Es ist dies eine Rede, die er vor der badischen Ersten Kammer halten wollte. Und da diese unanft geschlossen wurde, haben ihm die „Preussischen Jahrbücher“ ihre Pforten geöffnet. Der Prinz erzählt, daß seine erste (und einzige) Tat als Kanzler gar nicht seine Tat war. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot sei ihm für und fertig vorgelegt worden und er habe es unterschrieben, trotzdem er dagegen war — weil Ludendorff es gewünscht. Für das Zögern des Kaisers in der Abdankungsfrage macht er „gewichtige Einflüsse“ verantwortlich und seinen Nachfolger Ebert charakterisiert er als einen Mann reinen Willens. Die Rettung unseres Volkes erblickt er in einer schleunigen Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, denn „unübrigte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht“. Der Prinz schließt: „Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Na, das aebe der Himmel — — —

Witbürger, bewahrt Eure Ruhe und Besonnenheit!

Pölitische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Erwerbslosenunterstützung liegt nunmehr als Reichentwurf vor. Danach sind die Gemeinden verpflichtet, eine Erwerbslosenfürsorge einzurichten. Der ausländische Bundesstaat erlebt der Gemeinde $\frac{1}{12}$, das Reich $\frac{1}{12}$ der aus der Einrichtung erwachsenden Kosten. Soweit auf Grund der Bestimmungen vom 17. Dezember 1914 betreffend Kriegswohlfahrtspflege und der dazu beschlossenen Nachträge erhöhte Reichsmittel für eine Erwerbslosenfürsorge vorhanden sind, verbleibt es bei diesen Bewilligungen. Die Fürsorge erstreckt sich auf arbeitsfähige und arbeitswillige, über 15 Jahre alte Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage sich befinden. Die Dauer der erwerbslosen Unterstützung ist auf höchstens drei Monate festgelegt. Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbsfähigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenfürsorge. Unterstützte Erwerbslose sind verpflichtet, jede nachgewiesene, geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufes und Wohnortes anzunehmen, wenn für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird.

Bezüglich der augenblicklichen Reichsverfassung sei bemerkt, daß wir keinen Reichskanzler mehr haben, Ebert selbst sich auch diese Bezeichnung nicht mehr beilegt. Es existiert jetzt lediglich ein Kollegium von sechs gleichberechtigten Ministern, die ihrerseits Ebert und Haase zu Vorsitzender gewählt haben.

Zur Regelung der amerikanischen Lebensmittelzufuhr hat sich der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover nach Europa begeben. Er soll die Zufuhr nach Frankreich, Belgien, den Mittelmächten und dem nahen Osten regeln.

Die Verschmelzung der liberalen Linken scheint weitere Fortschritte zu machen. So verlangt jetzt der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin die Bildung einer großdeutschen auf demokratischem und republikanischem Boden stehenden Partei, die sich zur Aufgabe setzt, die Reichseinheit zu sichern und die politischen Grundzüge und Ziele des freiheitlichen Bürgertums in Stadt und Land zur Geltung zu bringen. Mit der nationalliberalen Partei sind Verhandlungen in dieser Richtung hin ebenfalls im Gange.

Um die Schwierigkeiten in der Übergangswirtschaft möglichst zu verringern, haben die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften eine Reihe von Vereinbarungen getroffen. So sollen alle aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitnehmer sofort wieder in ihre alten Stellungen eintreten. In jedem Betrieb mit mindestens 50 Beschäftigten wird ein Arbeiterauswahlschuss eingerichtet. Der Abschlagstag wird allgemein eingeführt. Verdienstminderungen aus dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht eintreten.

Osterreich.

In einer neuen Note an Wilson wird diesem von der Errichtung der deutsch-österreichischen Republik Mitteilung gemacht. Ferner wird darin die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Osterreich auf Wiederherstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen wird. Der Präsident wird ersucht, baldmöglichste Gelegenheit zu Verhandlungen über einen Präliminarfrieden zu bieten. Endlich wird Wilson um Sendung von Nahrungsmitteln zur Verhinderung einer Hungersnot gebeten.

Ungarn.

Nunmehr scheint der Durchzug der Armee Madensers durch Ungarn gesichert zu sein. Die ungarische Regierung hat diesen nämlich gestattet unter der Bedingung, daß Madensen sich verpflichtet, die Gegenrevolution nicht zu unterstützen, was dieser angefangen hat. Von der Armee Madensen marschieren 20 000 Mann in der Richtung Kronstadt (Brasso), 35 000 Mann über den Notenturmab, 10 000 stehen bei Orsova, 4000 sind auf dem Marsch vom Surdulpaß. Auch das Alpenkorps, das an der süd-ungarischen Front stand, wird sich den Truppen Madensers anschließen.

Rußland.

Das Blutgericht der Sowjets arbeitet weiter. So gibt die Sowjetregierung jetzt bekannt, daß der Tod des Kommissars Wolodorski mit dem Erschießen von 500 und der Tod Grikis mit dem von 550 Bürgern aus Petersburg gerächt wurde. Ein Teil der Opfer wurde in Petersburg selbst erschossen, ein anderer nach Kronstadt geschickt. Die Matrosen werfen jedoch die Opfer schon unterwegs ins Meer. Es wurden Hunderte von Leiden vom Meer aus Ufer gespült.

Polen.

Zu heftigen Kämpfen und blutigen Auseinandersetzungen ist es unter der polnischen Bevölkerung in Radow gekommen. Die Polen haben zwei Parteien gebildet, von denen jede die Oberhand behalten möchte. Während der sich abspielenden blutigen Vorgänge wurden alle Magazine ausgeplündert. Der Bödel raubte auch 8000 Gewehre und bedroht das Leben der friedlichen reicheren Bevölkerung. Der Bolschewismus breitet sich in Polen aus.

Ukraine.

Auf eine Wiedervereinigung mit Rußland deutet eine Botschaft des Hetmans an das ukrainische Volk hin. Dieser weist darin auf die bevorstehende Wiederherstellung Rußlands als Föderationsstaat hin und erklärt, daß die Ukraine als Glied in diesen Föderationsstaat eintreten werde. Zugleich hat der Hetman ein neues Ministerkabinett ernannt mit dem bisherigen Verpflegungsminister Gerbel als Ministerpräsidenten.

Schweiz.

Die Generalkonferenz der Arbeiter ist anscheinend doch noch nicht zu Ende. In Bern hat sich nämlich neuerdings ein internationales revolutionäres Komitee gebildet, das über den Kopf des Otmeyer Sozialdemokratischen Komitees hinweg und entgegen der von diesem getroffenen Entscheidung, den Generalkonferenz abzubrechen, seine Wiederaufnahme herbeizuführen sucht.

Franreich.

Es hat den Anschein, als ob die Annäherung an Deutschland weitere Fortschritte macht. So erscheint zum Beispiel eine Ausgabe der „Humanité“ unter der Überschrift: „Die Waffen nieder! Bürger! Es lebe die deutsche Republik! Es lebe die Weltrepublik!“ Cadin erklärt, er finde es besonders erfreulich, daß die Entente Deutschland sofort mit Lebensmitteln helfen wolle. Bedächtig sei jedoch der Artikel über Räumungsbestimmungen für Bessarabien und Zugangsbestimmungen der Alliierten über die Weichsel. In diesen lebe er eine verkappte Intention der Entente, gegen die mit aller Entschiedenheit protestiert werden müsse. Auch „Populaire“ sieht eine Opposition der Arbeiterklassen der Entente gegen eine weitere militärische Aktion der Entente voraus.

Großbritannien.

Es ist unverkennbar, daß die Schwierigkeiten der Regierung dauernd wachsen. Die Arbeiter wollen mit der Regierung nicht mehr mitmachen und die Konferenz der Arbeiterpartei hat mit übergrößer Mehrheit beschloffen, die Beziehungen zur Regierung abzubrechen. Danach müssen die bisherigen aus Arbeiterkreisen stammenden Minister zurücktreten. Außerdem wurde neuerlich die Forderung angenommen, daß in der Friedensdelegation jedes Landes ein Arbeitervertreter sitzen müsse, und daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz der Regierungen und an demselben Ort eine Friedenskonferenz der internationalen Arbeiter- und Sozialistenverbände tagen soll.

Nah und Fern.

Luftpost Frankfurt a. M. — Berlin. Die Luftpost des Frankfurter Nachrichtenendienstes hat am 15. November nachmittags ihre erste Fahrt mit Post nach Berlin angetreten und der Reichsregierung wichtige Nachrichten des Frankfurter AEM. übermittelt. Als Kurier stellte sich Redakteur Jakob Altmeier zur Verfügung.

Großhandel und Demobilisierung der Angestellten. Der Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels hat einstimmig beschlossen, die Mitglieder des B. D. G. zu ersuchen, alle aus dem Felde zurückkehrenden Beamten und Angestellten grundsätzlich zunächst wieder aufzunehmen und ihnen mindestens dasjenige Gehalt zu bezahlen, das sie vor dem Kriege erhielten!

Nur 14 Todesopfer der Revolution? Zur Feststellung der wirklichen Zahl der bei den Straßenschlachten ums Leben gekommenen sind jetzt in Berlin Nachforschungen in den Krankenhäusern usw. angestellt worden, wobei nur 14 Tote festgestellt sein sollen, abgesehen von denen, die wegen Raub oder Blünderung standrechtlich erschossen worden sind.

Ein Fliegerunfall hat sich im Sonderburger Hafen anscheinend infolge Verlegens des Motors ereignet. Das Flugzeug verlor die Steuerung und stürzte ab, streifte den Mast des Regierungsdampfers „Sperber“, rief einen Fernspruchpfehl um und stürzte auf einen Kran. Einer der Insassen wollte herauspringen, blieb aber am Flugzeug hängen, das sich überschlug und auf die Bemannung fiel. Hierbei ereignete sich eine Explosion, wobei der Benzinvorrat mit haushoher Flamme verbrannte. Von den Insassen konnten nur die verbliebenen Reste geborgen werden.

Volls- und Kriegswirtschaft.

* Der Getreidehandel in der Übergangswirtschaft. Dem Verein der Getreidehändler an der Hamburger Börse wird Einfluß gegen den angeblich vom Reichswirtschaftsamt erzwungenen Gedanken erhoben, daß der Handelsvereinigung für Getreide, Futtermittel und Saaten G. m. b. H. der Einkauf im gesamten Auslande nach dem Kriege übertragen werden solle. Der Plan gehe dahin, den Handel zu beteiligen und eventuell Einkaufsstellen im Auslande zu errichten. Der Handel sei dank seinen Beziehungen im Auslande vollkommen in der Lage, die Einfuhr selbst ohne jede Leitung der Handelsvereinigung zu versorgen. Die Übertragung des Einfuhrgeschäfts an eine Handelsvereinigung, also eine Zentralstelle, werde denselben Mißerfolg haben wie in der Ukraine. Der Verein der Getreidehändler zu Hamburg lehne es ab, unter einer solchen Kontrolle zu arbeiten, und habe seinen Einspruch dem Reichswirtschaftsamt telegraphisch bekanntgegeben.

* Bayerisches Notgeld. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Zur Behebung der immer drückender werdenden Zahlungsmittelnot hat die Regierung des Volksstaates Bayern (Ges. Finanzminister Jaffe) beschlossen: 1. Es wird staatlich genehmigtes Notgeld ausgeben, das für das gesamte bayerische Staatsgebiet den anderen gesetzlichen Zahlungsmitteln an die Seite treten wird; mit der Ausgabe wird in aller nächster Zeit begonnen werden. Der Beschluß der Regierung ist im Benehmen mit der Reichsbank ergangen. 2. Es wird ferner verfügt, daß alle bis zum 1. April 1919 fällig werdenden Zinscheine (Kupons) sämtlicher bayerischer Staatsanleihen vom 15. November 1918 an bis zum jeweiligen Verfalltag des betreffenden Zinscheines den gesetzlichen Zahlungsmitteln gleichleben. Sie sind von allen staatlichen Kassen, einschließlich jener der Eisenbahn und Post, ebenso aber auch von Privaten im geschäftlichen Verkehr anstandslos in Zahlung zu nehmen.

* Aufhebung der Fleischlosen Wochen. Die Fleischlosen Wochen werden, wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, in Zukunft im ganzen Reich aufgehoben werden. Man hofft, die bisherigen Fleischrationen an die Versorgungsberechtigten dauernd weiter verteilen zu können, da die hohen Anforderungen an Fleisch seitens der See- und Marineverwaltung in Zukunft zum größten Teil entfallen dürften. Die kommende Woche wird die letzte Fleischlose Woche sein.

* Der deutsche Gemüsebau im Frieden und Kriege. Unter diesem Titel hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst eine Denkschrift herausgegeben, aus der hervorgeht, daß der Gemüsebau von 1878 bis 1916 trotz einer Bevölkerungszunahme um mehr als 40% ständig zurückgegangen ist. Besonders stark war der Rückgang während der ersten Kriegsjahre, von 1914 bis 1916. Dierin trat erst Anfang 1917 eine Wende ein, die mit der Einführung des Pflanzungsvertragsystems ein, obwohl dieses eine starke Senkung der Preise brachte.

* Die Sorgen um die Kohlen. Man schreibt aus Bochum: Die schweren Sorgen und Befürchtungen, die mit der Frage der Übergangswirtschaft für den Industriebezirk verknüpft sind, kamen in einer Besprechung zum Ausdruck, die der V.S.M. mit den Arbeiterausschüssen der Bochumer Werke hielt. Der Bergarbeiterführer Hufmann betonte, daß es im Bergbau keine

Arbeitslosigkeit geben werde, weil die ganze Welt nach Kohlen hungere. Darum müßten möglichst viele Arbeitskräfte den Bergwerken zugeführt werden. Streiks müßten auf jeden Fall unterbleiben. Streitigkeiten dürften nur durch Verhandlung beigelegt werden.

Aus dem Lande.

* Reichliches Angebot an Kolonialwaren nach Friedensschluß. Die Handelskammer Dresden hat sich in einem Gutachten dahin ausgesprochen, daß voraussichtlich nach Friedensschluß an Kolonialwaren ein reichliches Angebot und daher eine Neigung der Preise zum Nachgeben eintreten werde. Auch die Beschaffung des Schiffsraumes spiele bei den Kolonialwaren, namentlich bei Kakao (Einfuhr 55 000 Tonnen im Jahre 1912) und Tee (gar nur 4 100 Tonnen im ganzen Jahre 1912) eine sehr untergeordnete Rolle, ganz abgesehen davon, daß von der zuständigen Stelle, den deutschen Reedereien, die Gefahr eines Tonnagemangels überhaupt bestritten werde.

* Der Hofzug des ehemaligen Königs von Sachsen wurde in der Nacht vom 13. zum 14. d. M. vom stellvert. Generalkommando angehalten und am folgenden Tage von Beauftragten des Vereinigten Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Dresden im Beisein von Beamten untersucht. Von den vorgefundenen Vorräten wurden beschlagnahmt und dem Lebensmittelamt überwiesen 2 Sack Kaffee, 5 Sack Mehl, 29 Zuckerhüte, 46 Schock Eier, 120 kg Petroleum und 600 Stück Kerzen.

Dresden. Die berittenen Erschtruppenteile sind vom stellvert. Generalkommando im Einvernehmen mit dem Vereinigten Rev. A. und S.-Rat ermächtigt worden, im weiteren Umfange Pferde an Landwirtschaft und Industrie unter den bisher geltenden Bedingungen auszulihen. Anträge sind an die berittenen Erschtruppenteile unmittelbar zu richten.

Freiberg. Der Freiburger Anzeiger ist mit dem 14. d. M. seiner Eigenschaft als Publikationsorgan sämtlicher gemeindlichen, staatlichen und öffentlichen Behörden im Bereiche der Stadt Freiberg, der Amtshauptmannschaft Freiberg und des amtshauptmannschaftlichen Zweigamtes Sayda erhoben.

Chemnitz. Ein vorwegener Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Montag in ein hiesiges Konfektionshaus ausgeführt. Den Dieben fielen u. a. in die Hände 6 Ballen dunkl. Marengo-Winterüberzieherstoff, 12 Ballen modischer Anzugstoff, 10 Ballen gestreifter und ge-

musterter Hofenstoff und 39 Ballen verschiedenartiger Westenstoff. Ueber den Verbleib des gestohlenen Gutes, dessen Wert sehr erheblich ist, konnte von der Polizei bisher nichts ermittelt werden.

Chemnitz. Unter der Anklage, bei der Firma Höfel und Co. in Chemnitz Garn im Werte von 80 000 M. entwendet zu haben, befanden sich eine Anzahl junger Burschen auf der Anklagebank des hiesigen Gerichts. Der 17-jährige Klempnerlehrling Andreas Albert Behold erhielt 1 Jahr 10 Monate Gefängnis, der gleichaltrige Bauhofslehrling Richard Josef Köllig 1 Jahr 2 Monate Gefängnis zuerkannt. Wegen Hehlerlei bez. Begünstigung bei diesen Diebstählen wurden verurteilt der Kellner Peter Delmes zu 1 Jahr Gefängnis, der Gelienheitsarbeiter Ernst Hermann Endt zu 3 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrenrechtsverlust und der Arbeiter Walter Konrad Hering zu 1 Jahr Gefängnis.

Zur Herz und Taschen auf fürs rote Kreuz!

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Schandau.

Am 2. Landesbühnstag, Mittwoch, den 20. November, vorm. 1/2 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pastor Siebner; 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt über Psalm 119, 100-107; derselbe; nachm. 5 Uhr Abendmahl-Gottesdienst: Pfarrer Hesselbarth.

Parochie Pöschel.

Mittwoch, den 20. November, Vorm. 1/2 9 Uhr Beichte, 9 Uhr Predigt, 5 Uhr Beichte und Abendmahl.

Parochie Pöschel.

Mittwoch, den 20. November, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahlfeier, abends 7 Uhr Abendmahlgottesdienst: Pastor Heine.

Parochie Reinhardtshaus.

Freitag, den 20. November, 9 Uhr Festgottesdienst, 2 Uhr Abendmahlfeier in Reinhardtshaus, 9 Uhr Gottesdienst in Krüppen.

Parochie Königstein.

Mittwoch, 20. Nov., 10 Uhr Predigt und Abendmahl: Doyen.

Marktbericht.

Birna, den 16. November 1918.

50 kg. Get. 10-11 Mt.	1 Pfd. Tomaten 1.10 Mt.
50 kg. Stroh 4-4.50 Mt.	1 Pfd. Blumenkohl 15-50 Pfg.
50 kg. Kartoffeln 7 Mt.	1 Pfd. Kohlrabi 17 Pfg.
1 Pfd. Kartoffeln 10 1/2 Pfg.	1 Pfd. Sellerie 60 Pfg.
1 Pfd. Spinat 23 Pfg.	1 Stauden Salat 10-15 Pfg.
1 Pfd. Mohrrau 17 Pfg.	1 Bündel Radisches 10 Pfg.
1 Pfd. Weißkraut 12 Pfg.	1 Metzig 5-20 Pfg.
1 Pfd. Möhren 9-17 Pfg.	1 St. Meerrettich 20-120 Pfg.
1 Pfd. Zwiebeln 32 Pfg.	

Freitag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater,

Herr Oberbahnhofsvorsteher i. A., Rechnungsrat

Friedrich Gielow,

Ritter hoher Orden,

im 71. Lebensjahre.

Die Einäscherung findet in Dresden-Tolkewitz Dienstag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, statt.

Die Frau bei Schandau, am 16. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die viele Liebe und Teilnahme, die uns während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwägerin

Emma

von allen Seiten zuteil geworden ist, sprechen wir nur hierdurch allen unsern

herzlichsten Dank

aus.

Struppen, den 16. 11. 1918. Die trauernde Familie Otto Fischer.

Gutlohnende

Samt-

Vergilmeinnicht-Arbeit

wird bis auf weiteres jeden

Donnerstag vormittag

vom 21. November ab

in Krippen,

Gaib. „Zum Deutschen Kaiser“,

ausgegeben.

Mey & Co., Sebnitz.

Aufforderung.

Wer an die am 20. 9. 18. verstorb. Gattin der Arbeiterin S. verwitwete Schmieder, Dresden, Wilsdruffer Str. 18 II (früher 30 II), noch etwas schuldet oder Waren zurückzugeben hat, wird, um Weiterungen zu vermeiden, um baldige Zahlung oder Rückgabe an ihre Tochter, Frau Ger. Sekretär Herrtloß, Frauenstein (Sa.) gebeten.

Sägespäne

und

Brennholz

hat abzugeben

Baumeister Dorn.

150 Mark

sofort gegen Sicherheit und Vergütung

zu leihen gesucht.

Gef. Off. erb. a. Sächs. Gbz., Schandau.

2000 Mark

aus Privat sofort gegen gute und

beste Sicherheit u. Vergütung auf kurze

Zeit von Dame

zu leihen gesucht.

Berte Offerten abzugeben in der

Sächsischen Elbzeitung, Schandau.

Manifette hält stets vorrätig d.

Druckerei d. Ztg.

Möbl. Küche, Wohn- u. Schlafz.

vom 1. Dezember ab zu vermieten. Anzutragen bei Fr. Heine, Hindenburgstraße 199, 1. Stod.

Verliedern Sie sich

in der Deutschen Lebens- u. Versicherung Potsdam A.G.

so wie in der

Betriebs-Unterbrechungs-, Einbruchdiebstahl-, Veranlagungs-, Mietverlust-, Wasserleitungsschäd., Unfall-, Haftpflicht- u. Transport-Versicherung

„Vaterländische“ u. „Athenania“ Verein. Verf.-Ges. A.G., Elberfeld

Auskunft erteilt bereitwilligst F. K. Rohrlapper, Schandau.

Besuche Sie auf Wunsch.

Tücht. Tischler

sucht Paul Grumbt, Tischlerei, Sebnitzer Straße 128.

Durch Fernsprecher

werden Anzeigen nur in Ausnahmefällen angenommen. Für Fehler, die durch falsches Verleihen etc. gebracht werden, übernehmen wir keinerlei Verantwortung.

Geschäftst. d. Sächs. Elbzeitung

Restaurant Waldhaus.

Mittwoch, den 20. November:

Eröffnungs-Feier,

verbunden mit Gänse- und Enten-Essen, sowie ff. Kaffee und Kuchen.

Hierzu ladet höflich ein

Frau Anna Herbst.

Sächsische Elbzeitung

Zaukenstr. 134 Schandau Zaukenstr. 134

Buch-, Akzidenz-, Zeitungs-Druckerei Verlag der Sächs. Elbzeitung und der Amtlichen Kurliste von Bad Schandau Beste Ausführung aller Druckarbeiten

DRUCKSACHEN fürs Geschäft

Arbeitsordnungen
Briefbogen
Broschüren
Geschäfts-Karten
Konto-Auszüge
Mitteilungen
Prospekte
Quittungen
Preislisten
Rechnungen
Rundschreiben

DRUCKSACHEN für die Familie

Dankkarten
Einladungs-Karten zur Hochzeits-Feier
Fest-Zeitungen
Geburts-Anzeigen
Gratulationskarten
Verlobungs- und Vermählungs-Anzeigen
Visitenkarten

Muster und Kostenvoranschläge jederzeit zu Diensten.

Jungen Hausburschen

sucht Bahnhofsverwaltung Schandau.

Hausarbeiter

für besseren Vergilmeinnicht sofort gesucht.

Anton Nadler, Sebnitz, Sa.

Zum 1. Januar 1919 wird für

Proffen

ein gewissenhaftes, ordentliches

Mädchen od. ein Knabe zum

Zeitungstragen

gesucht. Zu melden in der Geschäfts-

stelle der Sächsischen Elbzeitung.

Haus-Ordnungen

hält vorrätig die Geschäfts-

stelle der Sächs. Elbzeitung.

Kuinen und neues Leben.

Das monarchische Deutschland liegt in Trümmern. Diese Tatsache kann niemand mehr verkennen. Wie immer man fühlen und denken mag, das Trümmerfeld der Monarchie liegt vor unseren Augen, und wir müssen uns damit abfinden, ganz gleich, mit welchen Empfindungen wir das tun...

Der letzte deutsche Fürst hat abgedankt. Nicht an einer einzigen Stelle im Reich hat sich ein Widerstand von Monarchisten gegen diese Umwälzung gezeigt. Auch das ist eine Tatsache, die sich nicht nur uns überwältigend aufdrängt, sondern die auch unser Urteil über den Vorgang bestimmen muß. Als in Rußland die Monarchie zusammenbrach — unter ganz ähnlichen Umständen wie bei uns — haben nicht wenige die Meinung geäußert, die deutsche Monarchie, verankert nicht nur im deutschen Kaiserthum, sondern auch in zwei Duzend Einzelstaaten, werde auch bei einem unheilvollen Kriegsausgang gegen revolutionäre Bewegungen eine sehr viel stärkere Widerstandskraft beweisen. Das Gegenteil hat sich gezeigt; weder die Monarchen selbst, noch ihre Anhänger im Reich, noch die Armeen haben die geringste Anstrengung gemacht, gegen den jähen Zusammenbruch sich aufzulehnen.

Als dem Deutschen Kaiser die Abdankung zuerst nahegelegt wurde, damit er so für seinen Enkel den Thron rette, weigerte er sich mit den Worten: Ich habe meine Krone von Gott, nur Gott kann sie mir nehmen. Mein Volk und meine Armeen stehen hinter mir. Welch ein Irrtum! Der Kaiser mußte einige Wochen danach Zuflucht in Holland suchen, offenbar doch deshalb, weil er sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlte. Es gibt also keinen Deutschen Kaiser mehr und keinen deutschen Fürsten, und niemand glaubt wohl noch, daß es je wieder eine deutsche Monarchie geben wird.

Solchen Umwälzungen gegenüber muß das Gefühl schweigen, das etwa den alten Zuständen nachtrauert. Nur der Verstand, das vernünftige Urteil darf zu Worte kommen. Die Vergangenheit ist vergangen, und der Blick darf nur noch auf die Gegenwart gerichtet sein, unsere Wünsche, unsere Entschlüsse auf die Zukunft. Das neue Leben, das vor uns liegt, fordert seine Rechte und unsere Entschlossenheit.

Die auswärtige Lage des Deutschen Reiches ist zum Erbarmen traurig. Wir sind durchaus der Gnade und der Ungnade der Nationen preisgegeben, die gegen uns machen können, was sie wollen. Auch dies ist eine Tatsache, und sie wird von allen ohne Ausnahme in Deutschland bitter empfunden. Auch hier darf aber der Verstand sein Recht fordern, und er befiehlt uns, daß unsere auswärtigen Beziehungen, wenn man sich so noch ausdrücken darf, unser Verhältnis zu unseren Feinden durch die Revolution ganz erhebliche Verbesserungen schon erfahren hat und weitere verprechen. Selbstverständlich fehlt es bei unseren Feinden nicht an rachsüchtigen, eroberungslustigen Leuten, die uns nicht nur so viel wie möglich abnehmen, sondern uns darüber hinaus in Abhängigkeit versetzen möchten. Aber diese Feindschaft hat nicht mehr das Heft in der Hand. Der Umschwung ist unverkennbar, und die Stimmen, gewichtige, mehren sich und werden stärker, die uns die Hand der Veröhnung entgegenstrecken verlangen. Ein geschickter Unterhändler wird aus diesen Worten sehr viel für uns münzen können; er wird in einer ganz ebenso vorteilhaften Lage sein, wie der französische Staatsmann Talleyrand vor einem Jahrhundert, als in Frankreich nach der Unterbrechung eines Vierteljahrhunderts die Monarchie restauriert war und sich dem Schutze des monarchischen Regierens auf dem Wiener Kongreß mit so großem Erfolge empfehlen konnte, daß Generale und Staatsmänner der damals siegreichen Verbündeten ärgerlich ausriefen, Frankreich gehe als Sieger aus den Friedensverhandlungen hervor.

Daß der neue Zustand bei uns im Innern ungeheuren Schwierigkeiten begegnen und neue hervorrufen wird, ist leider unverkennbar. Einstweilen beruht die neue Ordnung auf dem entschlossenen Willen der Soldaten. Sie haben die Parteien zur Verständigung gezwungen, aus deren Mitgliedern die neue Regierung in Berlin zusammengestellt ist. Zwischen diesen Parteien bestanden und bestehen Gegensätze von einer Tragweite, die kaum geringer ist, als der Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik, zwischen der alten und der neuen Staatsordnung in Deutschland. Wäre dieser Gegensatz mit Gewalt zum Austrage gebracht worden, so würden wir jetzt in einem Chaos leben. Dies verhindert zu haben, ist das Verdienst unserer revolutionären Soldaten.

Die Soldaten haben sich auch mit großer Entschiedenheit als Vertreter des Willens aufgeworfen, die Entscheidung über die neue Staatsordnung in die Hände des Volkes zu legen durch die schleunige Berufung einer verfassunggebenden Volksvertretung, einer konstituierenden Nationalversammlung, kurz ausgedrückt: einer Konstituante.

Ihre Berufung muß die Lösung aller Vernünftigen sein. Sie ist jetzt die Parole der neuen Ordnung und sicher die der ungeheuren Mehrheit der Nation. Wo immer Männer miteinander reden über den Zustand des Vaterlandes, werden sie über alle Gegensätze hinweg einig sein müssen in der Forderung, daß so schnell wie möglich eine Konstituante gewählt wird, die neue Ordnung begründet und sie gegen Putsch und Chaos sichert. Das staatsrechtliche Grundprinzip jeder Demokratie ist der Wille der Mehrheit der Nation; mit diesem Prinzip steht und fällt sie.

Die beiden größten Schwierigkeiten der nächsten Wochen sind die Ernährung der Großstädte und die Regelung der Heimkehr unserer Soldaten. Diese wird sich nicht immer und überall in glatter Ordnung vollziehen. Eine ungeordnete Ansammlung von Soldaten in den Hauptstädten birgt Gefahren in sich, deren Größe kaum überschätzt werden kann. Bewältigt die neue Regierung mit Hilfe der Soldatenräte diese Gefahren, dann ist sie über den gefährlichsten Berg hinüber.

Die politische Schulung der deutschen Nation würde dann eine glänzende Probe bestanden haben — H. L.

Die Neuordnung im Reiche.

Hannover. Die verworrenen Mitteilungen über die Bremer „fliegende Division“ sucht eine an hannoversche Blätter gerichtete Zuschrift des A.S.R. aufzuklären. Wir entnehmen dieser folgende Einzelheiten: In letzter Nacht ist eine größere Zahl plündernder Soldaten verhaftet worden, darunter die Hauptbilden der sogenannten

„Bremer fliegenden Division“. An entwendeten Geldern ist diesen Plünderern allein die Summe von 32 000 Mark abgenommen, außerdem Lebensmittel, Bekleidungsstücke aller Art und Waffen. Sie werden durch ein außergerichtliches Verfahren abgeurteilt werden. — Nach der planlosen Verschlebung des Hauptbahnhofes ist der Rest der Horde abgerückt. — Wie Vösmanns Telegraphen-Bureau mitteilt, trifft die Meldung, daß 20 Angehörige der „fliegenden Division“ erschossen seien, nicht zu.

Markirube. Die vorläufige badische Volksregierung gibt bekannt, daß der Großherzog auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet, daß sich alle Staatsgewalt in den Händen der vorläufigen Regierung befinde und Baden nunmehr eine freie Volksrepublik sei. Die Wahl zur Nationalversammlung, die über die endgültige Staatsform entscheiden soll, werde am 5. Januar 1919 erfolgen.

Hamburg. Der Hamburger A.S.R., der bereits am 12. November das Aufheben des Bundesstaates Hamburg in die tatsächliche noch gar nicht bestehende allgemeine deutsche Republik erklärt hatte, gibt jetzt folgende Erklärung ab: Hamburg besteht als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Fragen und Rechten fort, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird. Die Finanzdeputation in Hamburg bleibt nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zur Vertretung des Staates nach außen für allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft Verpflichtungen einzugehen und Rechtsgeld auszugeben.

Bremen. Der A.S.R. veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Der A.S.R. hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerchaft bestehen nicht mehr.

Altenburg. Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichtet.

Alle Reichsämter befehlt.

Appell des Soldatenrats an die Völker der Entente. Berlin, 15. November.

Nach dem Beschlusse des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt befehlt worden:

- Auswärtiges Amt Dr. Solf, Reichsschatzamt Schiffer, Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Dr. Roeth, Kriegsernährungsamt Emanuel Burm, Reichsarbeitsamt Bauer, Kriegsministerium Scheich, Reichsmarineamt v. Mann, Reichsjustizamt Dr. Krause, Reichspostamt Rüdlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. David, Kriegsernährungsamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Rautskü, Reichsschatzamt Eduard Bernstein, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann (Köln), Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Bächner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jäckel, Kriegsministerium Göhre und Däumig, Reichsmarineamt Roske und Bogherr, Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn. Staatssekretär Ersberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Befehung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen. Die bisherigen Staatssekretariate behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsregierung.

Ein Aufruf an die Völker der Entente wird vom Vollausschuss des Groß-Berliner Soldatenrats erlassen. Es heißt darin:

Die anderen Völker hoben von dem freibetrieblichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Die die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutliche Militarismus sein Haupt erheben. Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente unerträglich harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Soldatentumsgelühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Friede euer Ziel sei. Laßt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Trebet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Trebet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren Welt ermöglicht.

Eberts Mahnungen an die Soldatenräte

In einer im Reichstag zusammenberufenen Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin anwesenden Soldatenräte wurde nochmals der Veruch, eine „rote Garde“ aus Zivilisten zu bilden, auf das schärfste zurückgewiesen. Der an der Spitze des regierenden Kabinetts stehende Volksbeauftragte Ebert führte in der Versammlung aus:

Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Vertrauen der breiten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen vorn an der Front geordnet in den Waffenstillstand gegangen sind. Anders ist es in der Gasse! Da hat sich vielfach eine Daß, schnell nach Hause zu kommen, geltend gemacht. Die Truppen sind zu kurz! Eine Anzahl Leute fürchten, nicht rechtzeitig aus dem zu räumenden Gebiet und der neutralen Zone herauszukommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückstehende Truppe eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet. Es sind Verhandlungen eingeleitet, daß uns schnellstens Lebensmittel aus Amerika zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt und die Wirtschaftsverföhrung nicht zu Schaden kommt.

Gegen ungezügelt zurückstehender Truppen.

Der Rat der Volksbeauftragten spricht dem A.S.R. Dank aus für seine Anordnungen, wodurch eine ungeheure Katastrophe und das Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückstehenden Truppenteile

und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärischen Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Auffangen dieser Leute ist im Gaaßengebiet ein Kordon gebildet worden, der die zurückstehenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt und für die Einsammlung der Waffen sorgt. Ein zweiter Kordon wird an allen Rheinübergängen gebildet werden. Das Verhalten des A.S.R. in Köln ist für sämtliche A.S.R. vorbildlich. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körperschaften, daß sie den von ihren Truppenteilen getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Ersatzformation und damit zur Regelung ihrer Verpflegung- und Ernährungsverhältnisse verhelfen.

Vorarbeiten für die Nationalversammlung.

Das neue Berliner Organ für die unabhängigen Sozialdemokraten, die Freiheit, teilt mit, daß mit den Vorarbeiten für den Entwurf der Wahlkreiseinteilung zur konstituierenden Nationalversammlung bereits im Reichsamt des Innern begonnen ist. Man nimmt an, daß in Preußen die bisherigen Regierungsbezirke die Wahlkreise für die nach dem Verhältniswahlssystem vorzunehmenden Wahlen bilden werden.

Proteste gegen Wiedereinsetzung der Offiziere.

Der Oberste Soldatenrat der Offiziersstation in Kiel hat an die „Republikanische Regierung zu Händen des Reichskanzlers Herrn Ebert, Berlin“ ein Schreiben gerichtet. In dem Schreiben heißt es, nach vorliegenden Berichten gäben im Berliner Soldatenrat vorwiegend Offiziere den Ton an, besonders auch in Marineangelegenheiten. Damit könne man sich in Kiel nicht einverstanden erklären, und müsse sich eigene Entschlüsse vorbehalten. Ebenso veröffentlichen die Vertreter des A.S.R. in Leipzig, Dresden und Chemnitz Proteste gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über Heeresdisziplin, wonach das Vorgefetztenverhältnis der Offiziere zu den Mannschaften bestehen bleibt und die Soldatenräte nur beratende Stimmen bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verbängung von Disziplinarstrafen haben sollen.

Der erste deutsche Bauernrat.

In dem schlesischen Kreise Jauer hat sich ein Bauernrat als erster im Deutschen Reiche nach dem Wunsch der Regierung gebildet. Es wurde beschlossen, den Bauernrat aus drei Bauern, drei Landarbeitern und einem ländlichen Handwerker zusammenzusetzen. Der Bauernrat wurde sofort durch Stimmzettel gewählt. Die Versammlung war mit dem Vorsitzenden der Meinung, daß die Bildung eines Bauernrates, der mit dem A.S.R. zusammenarbeite, bei der Sicherstellung der Volksernährung Ersprießliches leisten werde.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 15. Nov. Der Vollausschuss des A.S.R. beim Stellv. Generalkommando des 3. Armeekorps in Berlin hat sich als Zentralinstanz für die Soldatenräte im ganzen Reich konstituiert.

Berlin, 15. Nov. Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation teilt mit: Die von den stellvertretenden Generalkommandos, den Festungsgouvernements und Festungskommandanturen erlassenen Bekanntmachungen betreffend die Weidpflicht der Arbeitsnachweise über Arbeitsgeheude und offene Stellen bleiben zunächst im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisation in Kraft.

Berlin, 15. Nov. Der Kommandant von Berlin, Otto Weis, macht bekannt: Die außerordentliche Unsicherheit zwingt dazu, die Sicherheitsorgane so stark wie möglich zu bewaffnen. Ich bestimme deshalb, daß Schulleute und Gendarmen in Zukunft Waffen tragen dürfen.

Berlin, 15. Nov. Der Freiheit zufolge wird der Herausgeber der Welt am Montag, Hellmut v. Gerlach, die Stelle eines Unterstaatssekretärs im Ministerium einnehmen. Mit der Leitung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist der bisherige Unterstaatssekretär Hoff beauftragt worden.

München, 15. Nov. Das auf der Organisation des Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrates beruhende erste Parlament der bayerischen Republik wird sich als die der künftigen Nationalversammlung vorausgehende Körperschaft den Namen eines „provisorischen Nationalrates“ beilegen.

Preussisches Herrenhaus „beseitigt“.

Abgeordnetenhaus aufgelöst.

Unmittelbar nach Bekanntgabe seines Regierungsprogramms hat die neue preussische Regierung einen weiteren Schritt getan, durch den die tiefgehende Veränderung der innerpolitischen Verhältnisse dargelegt wird. Eine amtliche Rundgebung besagt:

Berlin, 15. Nov. In Übereinstimmung mit einem Beschlusse des Vollausschusses des A.S.R. verordnen wir was folgt: Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst, das Herrenhaus wird beseitigt.

Unterzeichnet ist die Verordnung von den Mitgliedern der preussischen Regierung Hirsch, Ströbel, Braun, Emil Ernst, Ad. Hoffmann, Dr. Rosenfeld. Damit ist der vielfach verschlungene Knoten der preussischen Wahlreformfrage, um dessen Auflösung sich so lange die Geister bemühten, gleichsam mit dem Schwerte durchschlagen. Die Neuwahl für das Abgeordnetenhaus wird unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen nach dem gleichen, direkten, allgemeinen und geheimen Wahlrecht erfolgen. Das Herrenhaus soll nicht wieder auferleben. Ob an seine Stelle irgendeine andere Körperschaft zwischen Regierung und Volkvertretung eingeschoben wird, bleibt Zukunftfrage.

Die Verwaltung unter Kontrolle des A.S.R.

An alle preussischen Ober- und Regierungspräsidenten ist ein Erlaß gerichtet worden, in dem es heißt: Die Vertreter des A.S.R. bzw. Bauernrates haben als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidenten, Regierungen, Landratsämtern zur Seite zu treten und sind bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen. Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkte gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.

Landwirte, gebt acht auf die gefüllten Scheunen!

